

Rechtsstreit um Wegfall der Jubiläumszuwendung

► Sachstand

Die DPoIG hat, wie auch andere Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Beamtenbundes, betroffene Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, Anträge auf Gewährung einer Jubiläumszuwendung zu stellen. Hintergrund ist, dass die Landesregierung offenbar „vergessen“ hat, die einschlägige Jubiläumsverordnung zu ändern.

Diesem Aufruf folgten viele Kolleginnen und Kollegen.

In der Rechtsauslegung konnte zwischen dem dbb und den Juristen des Finanzministeriums erwartungsgemäß keine Einigung erzielt werden. Leider verweigerte das Finanzministerium eine Ruhendstellung

von Widerspruchsverfahren bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung.

Insofern werden innerhalb des dbb nunmehr einzelne Klagen geführt, um gerichtlich zu klären, ob durch die unterlassene Änderung der Jubiläumsverordnung weiterhin Ansprüche auf die Jubiläumszuwendung erwachsen sind.

In vergleichbaren Fällen hatte man sich häufig gütlich geeinigt und Musterklageverfahren betrieben. Alle anderen Fälle wurden bis zur endgültigen Klärung ruhend gestellt, was auch eine Bürokratieentlastung für die Dienststellen bedeutete, die die Widersprüche zu bearbeiten hatte. Im Fall der Jubiläumszuwen-



dungen war eine solche Einigung nicht herzustellen. Insofern werden nun einzelne geeignete Fälle der Gerichtsbarkeit zur Klärung vorgelegt.

Im Bereich der Polizei tat sich nun Verwunderliches. Die Personalabteilung im Landespolizeiamt übte sich in Präjudiz und verwies in einem einschlägigen Artikel im polizeilichen Intranet auf eine angeblich klare Rechtslage.

In persönlichen Anschreiben über dienstliche E-Mail wurde Antragstellern nahegelegt, ei-

ner kurzfristigen Erledigung per E-Mail zuzustimmen und auf einen förmlichen Widerspruchsbescheid zu verzichten.

Der Landesvorstand der DPoIG stellt fest, dass aus unserer Sicht die Rechtslage keineswegs klar ist und eine gerichtliche Klärung durch einzelne Klagen herbeigeführt werden soll. Insofern haben wir unsere Mitglieder aufgefordert, auf einen Widerspruchsbescheid nicht zu verzichten.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Endstation A 10?

Das Studium an der Verwaltungsfachhochschule sollte den Absolventen eine planbare Perspektive auf A 11 eröffnen. Dieses ist eine alte gewerkschaftliche Forderung der DPoIG.

In der Realität sieht es jedoch so aus, dass der Zugang zu Dienst-

posten in der Kategorie „F“ für POK immer schwieriger wird. In langwierigen Stellenbesetzungsverfahren bewerben sich auf „lukrative“ Dienstposten immer wieder „alt gediente“ PHK, zum Beispiel um Verwendungsbreite zu erlangen und sich damit für Auswahlverfahren auf höher dotierte Stellen zu qualifizieren. Bis dann eine Stelle und somit eine Beförderungsmöglichkeit für einen POK herauspringt, müssen zum Teil mehrere langwierige Besetzungsverfahren durchgeführt werden.

An Standorten mit größeren Dienstgruppen wird zudem ein Phänomen beklagt, dass die Anhebung der Dienstgruppenleiterstellen auf „E“ dazu führt, dass der Kaminzug-Effekt für



altgediente Dgl-Vertreter nicht mehr zum Tragen kommt. Eine erfolgreiche Bewerbung eines POK auf einen Dienstposten der Kategorie „E“ erscheint vielen von vornherein aussichtslos.

So haben sich an verschiedenen Orten Initiativen der stellvertretenden Dgl gebildet, um für eine Dienstpostenbewertung im Bereich der Vertreterfunktion zu werben. Im bisherigen System kommt eine Dienstpostenbewertung der Vertreterfunktion erst ab Dienstposten der Kategorie „D“ in Betracht.

Die DPoIG setzt sich dafür ein, dass bisher in „G“ eingetaktete Dienstposten neu bewertet werden. Durch die zunehmende Auflösung kleiner Polizei-

stationen und die Zusammenlegung von Dienststellen sollten freigewordene beziehungsweise wegfallende Dienstposten „F“ genutzt werden, neue F-Stellen zu schaffen. Das bedeutet eine Befassung der Dienstpostenbewertungskommission mit bisher nicht bewerteten Stellen, zum Beispiel Vertreter in großen Dienstgruppen.

Zudem sollte darüber nachgedacht werden, ob tatsächlich jede Funktionsstelle „F“ landesweit ausgeschrieben werden muss oder ob hier nicht Entscheidungsbefugnisse auf die Behörden delegiert werden können. Solch ein Verfahren hätte zwar nicht nur Vorteile, würde aber einen deutlichen Entbürokratisierungsprozess einleiten.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0451.491597
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.5192221

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
ISSN 0937-4841

Unter dem Motto „Zukunft der Landespolizei – Innere Sicherheit, in Steinburg und Dithmarschen noch gewährleistet?“ luden für den 12. April 2012 alle drei Polizeigewerkschaften zu einer Podiumsdiskussion ins „Colosseum“ in Wilster, Kreis Steinburg, ein.

Hintergrund für diese Veranstaltung waren die vor geraumer Zeit bekannt gewordenen Ergebnisse der so genannten „Kramer-Kommission“, welche zum Teil erhebliche Personalumstrukturierungen innerhalb der Landespolizei vorsehen und wozu in Kürze das Ministerium Stellung beziehen wird.

So soll dem vorläufigen Ergebnis der Kommission zufolge die Polizeidirektion Itzehoe insgesamt 56 Stellen im Beamten- und Angestelltenbereich abgeben, was zwangsläufig zu erheblichen Umstrukturierungen, aber eben auch vorhersehbar zu Schließungen von einigen kleineren Polizeistationen führen wird. Entsprechende Unruhe und Verunsicherung innerhalb der betroffenen Mitarbeiterschaft der PD Itzehoe, aber auch in den von Dienststellenschließungen betroffenen Gemeinden, war und ist die Folge.

Zu Beginn des Abends in Wilster konnten die Regionalgruppen- und Kreisverbandsvorsitzenden der Gewerkschaften, Wilfried Rutschmann (GdP), Volker Belz (BDK), Frank Hesse (DPoIG Steinburg) und Hauke Hanßen (DPoIG Dithmarschen), nicht nur ein hochkarätig mit Landespolitikern und Mitgliedern aus den Landesvorständen der Gewerkschaften besetztes Podium begrüßen, sondern auch einen gut gefüllten Saal im „Colosseum“ feststellen. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Land, einige Kommunalpolitiker und Bürgermeister aus den Kreisen Steinburg und Dithmarschen, Mitglieder von Freiwilligen Feuerwehren aus den Kreisen und auch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus der

Podiumsdiskussion mit der Politik in Wilster



> Im Klaus Schlie, Wolfgang Dudda, Andreas Kropius, Wolfgang Kubicki, Moderator Carsten Rautenberg, Dr. Robert Habeck, Torsten Gronau, Heinz-Werner Jezewski, Stefan Nietz, Stefan Bolln (von links).

Region waren in der Zuhörer-schaft anwesend. Unter den Zuhörern befanden sich zudem neben zahlreichen Dienststellenleitern aus der Region auch der Behördenleiter der PD Itzehoe, Leitender Kriminaldirektor Dieter Böckel, sowie der Leitende Polizeidirektor Joachim Gutt (LPA, Abt. 1).

Auf dem Podium konnten neben den Gewerkschaftsvertretern aus den Landesvorständen, Andreas Kropius (Mitglied im Landesvorstand der GdP), Stefan Nietz (Landesvorsitzender des BDK), Torsten Gronau (Landesvorsitzender der DPoIG), auch Innenminister Klaus Schlie (CDU), die Fraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidaten für die anstehenden Landtagswahlen von FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Wolfgang Kubicki und Dr. Robert Habeck, der SPD-Landtagskandidat im Kreis Steinburg, Stefan Bolln, sowie die Landtagskandidaten der PIRATENPARTEI, Wolfgang Dudda, und Partei DIE LINKE, MdL Heinz-Werner Jezewski, begrüßt werden.

Auf die Eingangsfrage vom Moderator des Abends, Carsten Rautenberg (NDR Studio Heide), stellten zunächst alle anwesenden Politiker und Gewerkschaftsvertreter auf dem Podium fest, dass die innere Sicherheit grundsätzlich noch gewährleistet sei.

Während Innenminister Klaus Schlie und Wolfgang Kubicki darauf hinwiesen, dass die Sicherheit nach ihrem Dafürhalten auch nach der Umsetzung der personellen Umstrukturierungen in den Bereichen Steinburg und Dithmarschen noch gewährleistet werden könne, konnten die anwesenden Oppositionspolitiker Dr. Robert Habeck, Heinz-Werner Jezewski und Stefan Bolln diese Aussage zwar grundsätzlich auch unterschreiben, wiesen aber darauf hin, dass man angesichts der allseits anerkannten Personalknappheit in der Landespolizei dahin kommen müsse, die Polizei von einzelnen Aufgaben zu entlasten. Wolfgang Dudda von der PIRATENPARTEI hingegen konstatierte gar, dass die Polizei in Schleswig-Holstein personell auf dem Zahnfleisch gehen würde und die innere Sicherheit seiner Meinung nach nicht mehr lange gewährleistet werden könne.

Der GdP-Vertreter Andreas Kropius kritisierte in seiner Stellungnahme, dass die Umsetzung der geplanten Strukturreform in den so genannten „Geberdirektionen“ zu teilweise erheblichen Einschnitten bei kleineren Dienststellen führen werde.

Stefan Nietz vom BDK gab an, dass die personellen Umstrukturierungen zwar grundsätzlich zu begrüßen seien, da sie zu mehr Gerechtigkeit führen würden,

insgesamt jedoch würde die Kriminalität in Schleswig-Holstein seiner Meinung nach nur noch verwaltet. Er warf die Frage auf, wie viel Kriminalitätsoffer es denn brauche, damit man davon sprechen könne, dass die innere Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Torsten Gronau stellte fest, dass die Landespolizei schon jetzt „am Limit“ arbeite. Die innere Sicherheit sei zwar noch gewährleistet – jedoch sei die Frage, wie lange das angesichts der Umstrukturierungen zum Beispiel in Steinburg und Dithmarschen so bleiben wird. Er brandmarkte den Abzug von insgesamt 56 Stellen in diesen Bereichen als „Anfang vom Ende des ländlichen Dienstes“.

Innenminister Schlie führte weiter aus, dass es sich bei der Umsetzung der Reform um keine Stellenstreichungen handeln würde, sondern nur um eine polizeiinterne Umstrukturierung von Personal. Zwar gebe es auch seiner Meinung nach insgesamt zu wenig Polizeibeamte im Land, jedoch sei es angesichts der Haushaltskonsolidierung und der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Einhaltung der Schuldenbremse derzeit nicht möglich, der Landespolizei mehr Personal zur Verfügung zu stellen. Gleichwohl schloss Schlie für seine Partei, die CDU Schleswig-Holstein, und sich persönlich Stellenstreichungen auch zukünftig ausdrücklich aus.

Kleine Polizeistationen hingegen hält Schlie nach eigenen Bekundungen aus Gründen der gleichmäßigen Arbeitsbelastungen mit Blick auf geleistete Nachtdienste sowie auch im Hinblick auf Eigen-sicherung für „nicht mehr zeitgemäß“.

Wolfgang Kubicki wies zudem darauf hin, dass es sich bei der Organisationsreform um eine durch „Polizeiexperten“ errechnete Umschichtung von Personal handeln würde, die zu einer gerechteren Lastenverteilung führen solle.



Aus persönlichem Erleben an seinem Wohnort heraus schilderte der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Dr. Habeck, dass die Schließung „einzelner, kleiner Polizeidienststellen“ nicht zwangsläufig zu einem Rückzug aus der Fläche führen würde. So sehr das zunächst zu Unruhe in der dörflichen Gemeinschaft führe, so wenig sei seiner Meinung nach deswegen langfristig von einer Verschlechterung der objektiven Sicherheit oder des subjektiven Sicherheitsgefühls auszugehen. Ähnliche Erfahrungen will nach eigener Aussage auch der FDP-Spitzenkandidat Kubicki an seinem Wohnort in Strande gemacht haben.

Während der SPD-Landtagskandidat Stefan Bolln für seine Partei feststellte, dass es nach Willen der SPD Schleswig-Holstein keinen „Rückzug aus der Fläche“ sowie auch keine Personaleinsparungen bei der Polizei geben soll, blieb unklar, wie das angesichts der von Spitzenkandidat Torsten Albig angekündigten Personaleinsparungen in der Landesverwaltung von insgesamt 5 300 Stellen gehen soll. Eine im Hinblick auf Stelleneinsparungen bei der Polizei gegenläufige Aussage, mit der SPD-Mann Albig im „Hamburger Abendblatt“ zitiert wird, konnte Bolln ebenfalls nicht entkräften oder erklären.

Torsten Gronau (DPoIG) wies in seinen weiteren Ausführungen darauf hin, dass es sich entgegen gelegentlicher Darstellung von Koalitionspolitikern in Kiel bei der zugrunde liegenden Reform nicht um eine von der Polizei selbst veranlasste Maßnahme handelt. Vielmehr habe die Politik die Polizei hierzu aufgefordert. Mit Blick auf das Ergebnis des so genannten „Kramer-Papiers“ sei laut Gronau festzustellen, dass dieses von der Tendenz sicherlich richtig, jedoch nicht zwangsläufig der „Stein des Weisen“ sei. Allein die nicht vergleichbaren Einsatzbelastungszahlen der einzelnen Regional-

leitstellen seien hierfür beispielhaft anzuführen. Die dezentrale, ländliche Polizeistruktur, so stellte der DPoIG-Landesvorsitzende fest, habe sich über viele Jahrzehnte bewährt und müsse erhalten bleiben.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum meldeten sich unter anderem die Bürgermeister der Gemeinden Nordhastedt, Wacken und Wewelsfleth zu Wort und schilderten eindringlich, wie groß die Sorgen und Ängste in den betroffenen Gemeinden angesichts der drohenden Schließung von dort ansässigen Polizeistationen sei. Gefordert wurde von den Kommunalpolitikern gegenüber Innenminister Schlie in diesem Zusammenhang auch eine Transparenz und Nachvollziehbarkeit hinsichtlich der möglichen Schließungen von Polizeidienststellen.

Neben weiteren polizeispezifischen Themen, die angesprochen wurden, nahm die seit vielen Jahren allerorten geforderte Erhöhung der Erschwerniszulagen einen breiten Raum in der Diskussion ein. Sowohl bei den Vertretern der derzeitigen Regierungskoalition, Schlie und Kubicki, als auch bei den weiteren anwesenden Landespolitikern und Kandidaten bestand Konsens, dass eine Erhöhung der Erschwerniszulagen dringend erforderlich und eine Frage der Wertschätzung für Polizeiarbeit sei.

Innenminister Schlie versicherte, dass die Erhöhung derzeit schon „in Arbeit“ beziehungsweise „auf den Weg gebracht“ sei. Allein wegen der verkürzten Legislaturperiode sei man bislang nicht zu einer Umsetzung dieser Maßnahme gekommen.

Nach etwa zweieinhalb Stunden ging die von Wahlkampf geprägte Podiumsdiskussion in Wilster schließlich mit dem Gefühl einer zwar guten und zeitweise interessanten Veranstaltung zu Ende, die jedoch womöglich – wie so oft – in der Sache wenig verändern wird.

Thomas Nommensen

> Kommentar

Zur Podiumsdiskussion in Wilster Betrachtungen und Gedanken eines anwesenden Schutzmanns

Der Anlass, nämlich die angedachte sukzessive Wegnahme von letztlich mehr als zehn Prozent des Personals der diese beiden Landkreise betreuenden Polizeidirektion (41 Kollegen der Schutzpolizei, drei der Kriminalpolizei sowie zwölf Tarifbeschäftigte) sowie die verbundenen Themen an sich sind gewichtig. Löblicherweise gab es dazu diese gemeinsam initiierte Veranstaltung aller drei Polizeigewerkschaften.

Wer nun auch stets fundierte Argumentationen erwartete, musste enttäuscht werden. Die Politiker führten unisono – immerhin – an, dass mehr Personal für die Polizei eigentlich erforderlich, aber leider aufgrund der Haushaltskonsolidierung nicht bezahlbar sei. Das Modewort „alternativlos“ fiel zwar namentlich nicht, wurde sinninhaltlich aber von allen Politikern stets und ständig im Sinne einer einmal selbst formulierten Wahrheit als nunmehr unumstößliche Tatsache behauptet. Vor diesem Quasi-Diktat schien die Veranstaltung zunächst blockiert.

Nach und nach – vor allem durch die deutlichen Worte der Gewerkschaftler – wurde deutlich, worum es eigentlich ging.

Eine interne Expertengruppe hatte begrüßenswerterweise erstmals auch unter Betrachtung von Belastungskriterien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine zum Teil unterschiedliche Personal-Verteilung im Lande festgestellt. Vor der Annahme eines personellen Status quo sei zum Ausgleich der Lasten eine Umverteilung vorzunehmen.

Auch die AG hatte ausdrücklich betont, dass niemand in der Landespolizei nicht belastet sei.

Auch die Kolleginnen und Kollegen der PD Itzehoe nicht – nur eben relativ weniger!

Die logische Konsequenz ist und bleibt Verstärkung der Landespolizei dort, wo es dringend notwendig ist. Nicht eine Umverteilung des Mangels! Die Entscheidung, aber auch die Verantwortung dafür, ist ein Primat der Politik.

Eine Fortsetzung des „gefühl“ seit 15 Jahren andauernden Nachdenkens über „Beschränkung auf polizeiliche Kernaufgaben“ (tatsächlich nehmen Aufgaben an Vielfalt, Tiefe und damit qualitativen Anforderungen noch zu) und ähnliche Vokabeln sowie häufige Umorganisationen haben offensichtlich gleichermaßen wenig Erfolg erbracht. Im Zusammenhang kann der Vorschlag einer Abgabe von Teilaufgaben der Kriminalitätsbekämpfung an Ordnungsbehörden nur als abstrus gewertet werden. Die noch immer existente und selbstverständlich auch an diesem Abend mehrfach genannte „strategische Lücke“ (= ein Fehl von 160 Vollzugsstellen) gibt lediglich die Spitze des Eisbergs wieder.

In der weiteren Diskussion um die „Gewährleistung“ der inneren Sicherheit in Steinburg und Dithmarschen brachte es der Bürgermeister der Gemeinde Hattstedt endlich auf den Punkt, als er sinngemäß rhetorisch fragte: „Bei zu unterstellenden 165 Arbeitsstunden pro Mann im Monat fehlen künftig etwa 9000. Die Polizisten haben doch bisher nicht in der Nase gebohrt?“

Was er offensichtlich meinte – wenngleich er es nicht ausformulierte: „Wie soll dieser Arbeitsausfall ohne negative Konsequenzen für die innere Sicherheit in den betroffenen Landkreisen aufgefangen werden?“ Eine konkrete Antwort erhielt er natürlich nicht.

Nicht letztlich wurde durch die Äußerungen der Kommunalpolitiker einmal mehr deutlich, dass wenigstens dort die engagierte Dienstleistung des ländlichen Dienstes, der ganz persönliche Einsatz der Schutzleute, erkannt und im höchsten Maße auch anerkannt ist.

Sollte man dieses polizeiliche Selbstverständnis von Betreuung, Verantwortung und Einsatz für die Mitbürger sowie die besondere Motivation wirklich aufgeben?

Ist Zentralisierung stets und überall ein Wert an sich? Sollten wir Bewährtes gegen ein „es wird auch so irgendwie gehen“ eintauschen?

*Kommentar von Jochen Einfeldt,
stellvertretender Landesvorsitzender*

Jahreshauptversammlungen der Kreisverbände Steinburg und Dithmarschen in Buchholz, Dithmarscher Hof

Am 29. März 2012 trafen sich die beiden DPoIG-Kreisverbände Dithmarschen und Steinburg im schönen Buchholz in Dithmarschen zu ihren Jahreshauptversammlungen. Der gemeinsame Termin ist auf dem Wege, gute Tradition zu werden, nicht zuletzt aus dem Grunde, dass wir schließlich alle zur selben Polizeidirektion Itzehoe gehören, somit also auch die gleichen Interessen verfolgen und dafür in der Behörde und im Personalrat die gleichen Ansprechpartner vorfinden.

Beide Kreisverbände hielten ihre eigene satzungsgemäße Hauptversammlung separat ab, um ihre Tagesordnung abzuarbeiten und auch um die eine oder andere anstehende Wahl durchführen zu können.

Hier muss kritisch angemerkt werden, dass der Dithmarscher Teil nur in leider etwas übersichtlicher Zahl der Mitglieder zugegen war. Dieser Umstand wird noch aufgearbeitet werden müssen, zumal die Mitgliederzahl inzwischen angestiegen war.

Die Steinburger hingegen hatten eine stattliche Anzahl mobilisieren können.

Vorweg allerdings gingen zum einen ein schmackhaftes wie reichhaltiges Mittagessen im ansprechenden Landgasthof „Dithmarscher Hof“ und dann folgend eine lebhaft Diskussionsrunde, zu der sich unser Behördenleiter Dieter Böckel und der Vorsitzende unseres Personalrates, Willi Rutschmann, sowie unser ehemaliger Landesvorsitzende Ernst Meißner zur Verfügung gestellt hatten.

Trotz des drohenden Suppenkomas so kurz nach dem Essen (Zitat Dieter Böckel) entwickelte sich die Gesprächsrunde nach

der Situationsbeschreibung der Behörde durch eben den Behördenleiter.

Hatte er doch die Lage als nicht eben glücklich umrissen. So wird die Direktion Itzehoe sich unter anderem von 41 Stellen S und drei Stellen K verabschieden müssen. Eine Prozedur, die sich über Jahre hinziehen und



Frank Hesse, Hauke Hanßen, PD-Leiter Dieter Böckel, Ernst Meißner und Wilfried Rutschmann (von links).

gewiss auf mancher Dienststelle Sorgen bereiten wird. Dies geht einher mit der anstehenden Organisationsveränderung innerhalb unserer Behörde. Ohne Abkehr von bewährten Konzepten und sinnvollen Gewohnheiten wird das nicht machbar sein. Wir hoffen sehr, dass dabei unser eigentlicher Auftraggeber, die Menschen in unseren Städten, Gemeinden und auf dem Lande nämlich, nicht zu sehr außer Acht gelassen wird.

Die PD Itzehoe also verfolgt in den derzeit eingesetzten Gremien die Einrichtung dreier Polizeireviere, um die herum sich die jeweiligen Polizeistationen, auch dann ehemalige Zentralstationen, gruppieren werden. Dass auch dabei Interessen gegeneinander stoßen werden, liegt auf der Hand und wird noch manche Debatte auslösen. Zumal offenbar beinhaltet ist, sich nunmehr endgültig von den so genannten

Kleinstdienststellen zu verabschieden. Für sich betrachtet jeweils funktionierende Einheiten mit regionalem Know-how und hohem Ansehen in ihren Bereichen.

Mit den betroffenen Mitarbeitern/-innen sollte daher seitens der künftigen verantwortlichen Revierleiter sehr offen und fair

umgegangen werden – ein Verhalten, das offenbar bislang nicht richtig gegriffen hat. So sind die Anmerkungen auf alle Fälle zu verstehen gewesen.

Auch unsere beiden Polizeibezirksreviere und ihre Kolleginnen und Kollegen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Wenn es auch künftig nur eines geben wird, so sind wohl die Fragen nach der dann bleibenden Gesamtstärke mit den dann zu bewältigenden Aufgaben und die des Standortes beziehungsweise der Standorte nicht restlos geklärt.

Man wird landesweit, also auch in Dithmarschen und Steinburg, mit weniger Personal mehr Aufgaben erledigen müssen. Dabei gilt es, unter dem Siegel der Gerechtigkeit die Unterschiede in den Flächendirektionen zu bedenken. Bei allen ungünstigen Voraussagen für unsere Behörde ein Ergebnis der AG-Stellenverteilung allerdings, hinter das sich Herr Böckel ausdrücklich stellte.

Unser Personalratsvorsitzender Willi Rutschmann konnte aus seiner und der Sicht seines Gremiums den Inhalt der laufenden Gespräche und Verhandlungen bestätigen. Er hob zudem hervor, dass im Behördenbereich die Zusammenarbeit aller Berufsvertretungen sehr vernünftig funktioniert. Dies gilt auch für die konstruktive Arbeit mit und innerhalb der Behörde.

Ernst Meißner richtete an uns alle den Appell, nicht tatenlos zuzusehen, wie „andere für uns“ bei den Tarifverhandlungen Ergebnisse erstreiten. Vielmehr sollten sich Beamte nicht zu schade sein, ebenfalls mit auf die Straße zu gehen.

Außerdem verbreitete er leichten Optimismus, zumindest im Hinblick auf den uns alle irgendwann erwartenden Ruhestand. Eine Zeit also, auf die wir uns freuen sollten und die nach seinen Worten durchaus Angenehmes für uns vorhält.

Ernst, vielen Dank für diesen Optimismus und auch dafür, dass Du immer noch im Dienste unserer Sache stehst.

Freuen wir uns also alle schon mal auf zumindest den Teil der Zukunft und hoffen zuvor, dass sich die offenen Fragen für unsere Polizeidirektion Itzehoe so lösen lassen, dass dort, wo Entscheidendes sich ändern wird, auch entsprechend mit den Menschen umgegangen wird, und dass nicht die Belange kleinerer Dienststellen und einzelner Mitarbeiter/-innen einfach mit der nächsten Flut fortgespült werden.

*Michael Wittmaack, Büsum
DPoIG Dithmarschen*